



Barthle-Brief

Nr. 54

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

8.7.2016

Thema der Woche:

Bundeshaushalt 2017 kommt abermals ohne neue Schulden aus Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stellt Haushaltsplan vor

Die Bundesregierung hat in dieser Woche den Entwurf des Bundeshaushalts 2017 beschlossen. Er ist über 1.000 Seiten dick – und trotzdem weiterhin ohne Neuverschuldung. Einen großen Erfolg nennt das der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eckhard Rehberg. Ihn freut besonders, dass der Bund trotz der großen Aufgaben auch in den kommenden Jahren ohne neue Schulden auskommt. „Der Verzicht auf neue Schulden ist kein Selbstzweck. Solide Finanzen bedeuten einen generationengerechten Haushalt. Gleichzeitig steigern wir deutlich die Investitionen und meistern die aktuellen großen Herausforderungen“, so Rehberg.

Zuvor hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vor der Bundespressekonferenz in Berlin den Haushaltsplan vorgestellt. Auch er glaubt, so der Minister, dass mit dem Entwurf sichtbar werde, dass man an der soliden, verlässlichen Haushaltspolitik festhalte, die im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode verabredet war. „Diese Finanzpolitik zahlt sich für die Menschen aus. Sie ist nachhaltig und wir schaffen, dass wir eine ganze Legislaturperiode ohne neue Schulden auskommen“, sagte Schäuble und machte deutlich, dass dies angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland auch dringend geboten sei.

Insgesamt werden die Investitionen in 2019 mit rund 35 Milliarden Euro um 10 Milliarden Euro über den Investitionen von 2014 liegen. Der Bildungs- und Forschungsetat erreicht 2017 erneut einen Rekordwert und ist seit 2009 um über 70 Prozent gestiegen. Für die klassischen Verkehrsinvestitionen stehen im kommenden Jahr 12,8 Milliarden Euro bereit. Dies bedeutet einen Anstieg um 25 Prozent

seit Beginn der Wahlperiode. Für den Breitbandausbau stehen in 2017 bis 2020 rund 4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Außerdem erfreulich: Die Bundesregierung will im nächsten Jahr die Ausgaben für die innere Sicherheit stark erhöhen. Die Mittel fließen in deutlich mehr Personal und Geld für die Bundespolizei, gehen an das Bundeskriminalamt und die Nachrichtendienste. „Das sind die richtigen Antworten auf die aktuelle Sicherheitslage“, sagt Eckhard Rehberg zu der Aufstockung im Sicherheitssektor. Zum Schutz gegen Wohnungseinbrüche wird zudem das wirksame KfW-Programm zur Eigensicherung von jährlich 10 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro aufgestockt. Und auch die Flüchtlingssituation bedinge keine neuen Schulden, denn „dank der guten Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und der gebildeten Rücklage können wir die Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingssituation und zur Integration der Flüchtlinge tragen. Der Bund stellt viel Geld für Sprach- und Integrationskurse, die Arbeitsmarktintegration und den sozialen Wohnungsbau bereit“, unterstreicht Rehberg und macht auch deutlich: „Die Steigerung der Investitionen und die Bewältigung der Flüchtlingssituation gehen dabei nicht zu Lasten von Sozialleistungen. Die Sozialausgaben sind mit gut 170 Milliarden Euro in 2017 mit Abstand der größte Ausgabenbereich im Bundeshaushalt. Gut jeden zweiten Euro gibt der Bund für soziale Aufgaben aus. Das Verhältnis von Sozialausgaben zu den Gesamtausgaben wird ab 2015 kontinuierlich ansteigen. Diesen Trend in der derzeit hervorragenden wirtschaftlichen Situation müssen wir im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung und den demografischen Wandel bremsen.“

Ein weiterer Bereich, der im Haushalt einen besonderen Stellenwert hat, ist die Landwirtschaft. Auch im nächsten Jahr sieht der Haushaltsentwurf für sie zusätzlich 78 Millionen Euro vor. Damit sollen vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe flächendeckend und unbürokratisch entlastet werden. Denn viele Bauernfamilien fürchten derzeit wegen Niedrigpreisen für Lebensmittel um ihre Existenz. Seit 2013 sind die Preise für Schweinefleisch, Milch und Getreide stetig gesunken. Die Unionsfraktion will den Bauern in dieser außerordentlichen Krise helfen, um auch künftig eine regional verankerte, bäuerliche Landwirtschaft in unserem Land zu erhalten. Deutschland geht somit also gut gerüstet in die kommenden Jahre.

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

Sexuelle Selbstbestimmung schützen

Die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen ist nach geltendem Recht nicht ausreichend geschützt. Auf Betreiben der Union hat der Bundestag deshalb an diesem Donnerstag über eine umfassende Reform des Sexualstrafrechts abschließend debattiert und abgestimmt. Der alte Vergewaltigungsparagraf, der unter anderem eine Gewaltanwendung oder Nötigung des Opfers voraussetzt, wird aufgehoben.

Künftig gilt der Grundsatz: „Nein heißt nein!“. Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung wird unter Strafe gestellt. So soll es ausreichen, wenn das Opfer sein „Nein“ deutlich erkennbar macht, es beispielsweise verbal sowie durch Weinen oder Abwehren der sexuellen Handlung deutlich nach außen zum Ausdruck bringt. Der neu zu schaffenden Strafrechtsparagraf §177 erfasst auch Fälle, in denen das Opfer seinen Willen nicht erklären konnte, weil es schlief, betäubt worden war oder weil es aus Angst zugestimmt hatte. Elisabeth Winkelmeier-Becker, rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, sprach im Zusammenhang mit der Gesetzesnovelle von einem „Meilenstein für die Wahrung der Rechte der Frauen“.

Errichtung eines Transplantationsregisters

In dieser Woche diskutierte das Parlament über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, mit dem der Weg zu einem Transplantationsregister geebnet werden soll. Mit dem Transplantationsregister sollen erstmals wichtige Daten von Organspendern oder Empfängern zentral zusammengefasst und miteinander verknüpft werden. Derzeit warten mehr als 10.000 Menschen in Deutschland auf ein Spenderorgan, wobei die gespendeten Organe bei Weitem nicht ausreichen, um allen Patienten zu helfen. Ein Ziel ist unter anderem, die Wartelistenkriterien sowie die Verteilung der Spenderorgane weiterzuentwickeln.

Ein strenger Datenschutz hat bei der Einrichtung des Registers oberste Priorität, so sollen sensible Daten nur mit der ausdrücklichen Einwilligung aller Betroffenen an das Transplantationsregister übermittelt werden. Die Unionsfraktion erwartet, dass durch die Zusammenführung der erhobenen Daten neue Erkenntnisse gewonnen werden, die zu einer Verbesserung und Weiterentwicklung der transplantationsmedizinischen Versorgung und Qualität führen.

Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze

Die Bundesregierung will die Kosten für den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze senken. Effizientere Verfahren und mehr Transparenz sollen dazu beitragen, den Breitbandausbau nachhaltig zu beschleunigen. Dafür soll bereits existierende Netzinfrastruktur wie Leerrohre, Leitungsrohre, Einstiegsschächte oder Verteilerkästen von den Netzbetreibern künftig besser genutzt werden können. Werden Autobahnen, Straßen, Geh- und Fahrradwege neu gebaut oder saniert, lassen sich beispielsweise Kosten sparen, wenn im Zuge dessen Leerrohre für Glasfasernetze verlegt werden. Ziel des Gesetzes ist es, die Kosten für den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze deutlich zu senken.

In eigener Sache

Gleich zu Beginn dieser Sitzungswoche haben die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag mit Andreas Jung einen neuen Vorsitzenden gewählt. Die Wahl war nötig geworden, da Jungs Amtsvorgänger, der langjährige Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg als Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister in die Landesregierung eintrat.

Thomas Strobl gratulierte seinem Nachfolger: „Andreas Jung wird ein hervorragender Vertreter baden-württembergischer Interessen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und darüber hinaus sein.“ Strobl zeigte sich zudem überzeugt, dass Jung die 43 Mitglieder zählende Landesgruppe geschlossen in die kommenden eineinviertel Jahre bis zur Bundestagswahl führen werde.

Zitat

«Abschreckung und Dialog, (...) das sind keine Gegensätze, nein, das gehört untrennbar zusammen. (...) Wir sind uns (...) einig, dass dauerhafte Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen ist.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag in ihrer Regierungserklärung im Bundestag zum bevorstehenden Nato-Gipfel in Warschau)